

Bericht und Antrag
des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten
Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 28. September 1954
über die Rechtsstellung der Staatenlosen
— Drucksache 7/4170 —

A. Problem

Den Staatenlosen sollen im wesentlichen die gleichen Vergünstigungen eingeräumt werden, wie sie das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) für Flüchtlinge vorsieht.

B. Lösung

Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zu dem Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

A. Bericht der Abgeordneten Entrup und Dr. Wernitz

Der Gesetzentwurf ist in der ersten Beratung am 7. November 1975 dem Innenausschuß überwiesen worden. Der Innenausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 4. Dezember 1975 einstimmig für die Annahme des Gesetzentwurfs ausgesprochen. Er folgte dabei den von der Bundesregierung in der Erläuterung des Gesetzentwurfs dargelegten Gründen.

Bonn, den 10. Dezember 1975

Entrup Dr. Wernitz

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf — Drucksache 7/4170 — unverändert anzunehmen.

Bonn, den 10. Dezember 1975

Der Innenausschuß

Dr. Schäfer (Tübingen)

Vorsitzender

Entrup Dr. Wernitz

Berichterstatter